

Meldungen

zusammengestellt von Michael K. Mertsch

Kommunalwahlen sehen 'Peoples Alliance' als Siegerin

Gekennzeichnet durch die größte Welle von Gewalt, die jemals im Vorfeld einer Wahl stattfand, wurden am 21. März Kommunalwahlen in 17 Distrikten des Landes abgehalten. Während und nach den Wahlen kam es im Gegensatz zu der Zeit des Wahlkampfes hingegen zu nur wenigen gewalttätigen Zwischenfällen. Obwohl es bei der Wahlabgabe in 8.246 Wahllokalen nur um die Wahl von 238 Kommunalparlamenten ging, wurde sie von vielen Politikern als Beweis für den Erfolg bzw. Mißerfolg der Politik der seit 1994 amtierenden Regierung der 'Peoples Alliance' angesehen und öffentlich auch so verkauft.

Der Wahlkampf war gekennzeichnet durch fast 2.000 gewalttätige Zwischenfälle.

In der letzten Woche vor dem Wahltermin wurden jeden Tag zwischen 70 und 100 Gewalttaten gemeldet, die sich auf alle Distrikte, in denen die Wahl durchgeführt wurden, verteilten. Die krisengeschüttelten Regionen der Nord- und Ostprovinzen waren nicht in die Wahlen einbezogen worden.

Die Gewalttaten gipfelten in der Ermordung eines Parlamentariers der 'Peoples Alliance', Nalanda Ellawala, im Februar in Ratnapura. Er war das jüngste Mitglied des Parlaments in Colombo. Als mutmaßliche Täter wurden mehrere Mitglieder und Amtsträger der oppositionellen 'United National Party' (UNP) verhaftet. Immer wieder kam es auch zu Zusammenstößen zwischen Anhängern der beiden großen Parteien, UNP und 'Peoples Alliance'. Wahlveranstaltungen waren meist von großen Polizeieinsätzen begleitet.

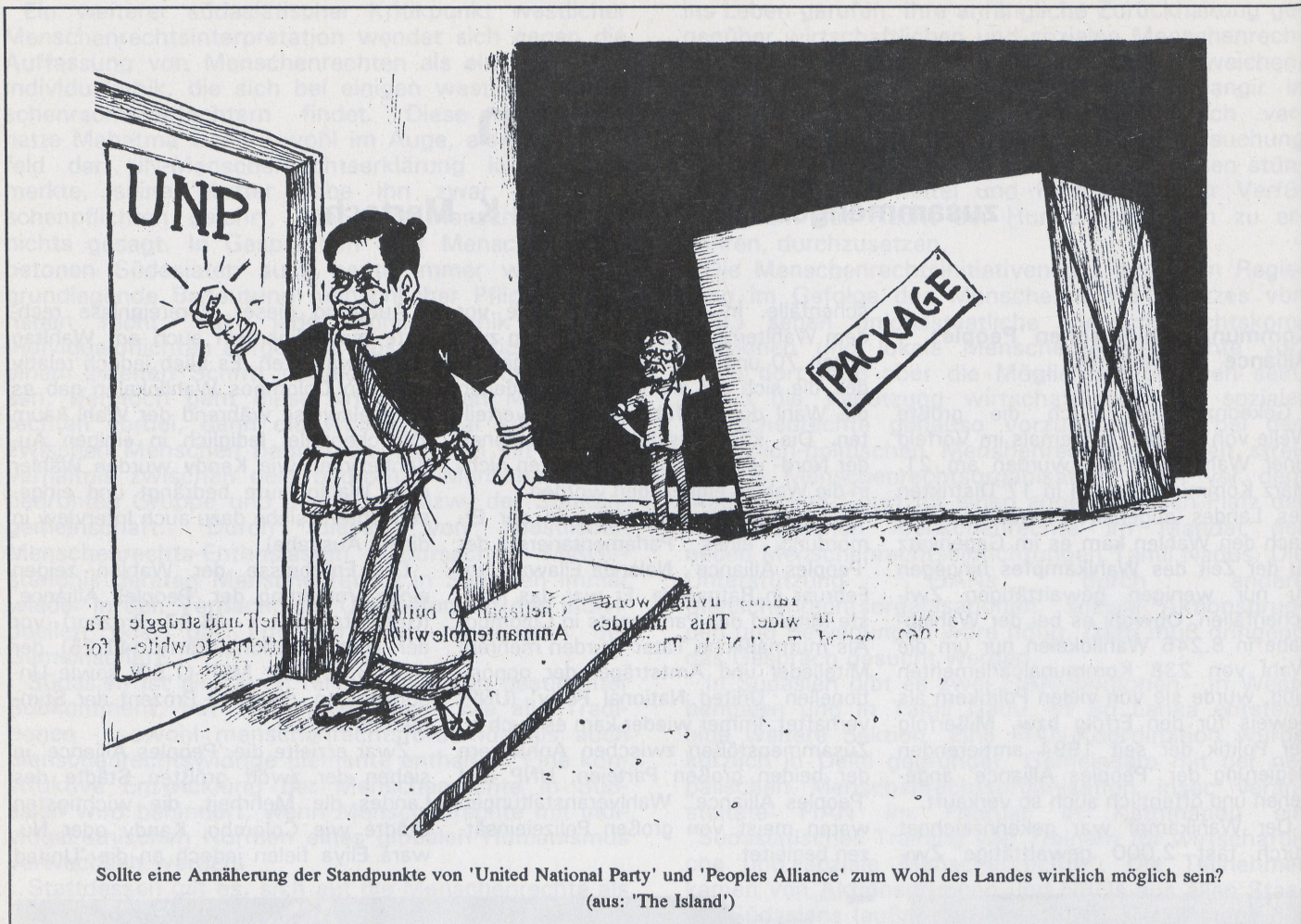
Aufgrund dieser Vorereignisse rechnete man allgemein auch am Wahltag mit Gewalttaten. Es blieb jedoch relativ ruhig, in Colombos Wahllokalen gab es beispielsweise während der Wahl kaum Zwischenfälle, lediglich in einigen Außenbezirken wie Kandy wurden Wähler oder Wahlbeobachter bedrängt und eingeschüchtert (siehe dazu auch Interview in dieser Ausgabe).

Die Ergebnisse der Wahlen zeigen einen Vorsprung der 'Peoples Alliance' (Gesamtstimmen: 48,97 Prozent) vor der 'United National Party' (41,25), der JVP (3,70), der MEP (1,50) sowie Unabhängigen, die 3,29 Prozent der Stimmen erreichten.

Zwar erzielte die 'Peoples Alliance' in sieben der zwölf größten Städte des Landes die Mehrheit, die wichtigsten Städte wie Colombo, Kandy oder Nuwara Eliya fielen jedoch an die 'United



Vor allen Dingen in Colombo blieb keine Hauswand von Wahlplakaten verschont (Foto: Michael Mertsch)



National Party'.

Einigung zwischen Parteien?

Im Zuge einer überraschenden politischen Entwicklung haben sich die srilankische Präsidentin, Chandrika Kumaratunga, und der Führer der größten Oppositionspartei UNP, Ranil Wickremasinghe, in einem Briefwechsel auf eine gegenseitige Abstimmung beim Vorgehen im Volksgruppenkonflikt geeinigt.

Die Einigung, die offensichtlich unter Vermittlung eines Sekretärs des britischen Außenministeriums zustande kam, wurde am 3. April in Colombo bekannt gegeben. Sie beinhaltet neben einer Vereinbarung über den Austausch von Informationen auch die Absprache von Mechanismen für Gespräche zwischen Kumaratunga und Wickremasinghe, Vertraulichkeitsvereinbarungen und die Zusicherung der UNP, Entscheidungen der Regierung bei einem Friedensprozeß nicht zu unterminieren.

Während die Vereinbarung zwischen PA und UNP von verschiedenen Seiten bereits äußerst euphorisch als historischer Schritt zum Frieden gewertet wird, sehen viele politische Beobachter die jetzt getroffenen Vereinbarungen nur als Schritt eines gemeinsamen Auftretens der PA und UNP gegenüber tamilischen

Gruppierungen. Einer Einigung mit tamilischen Gruppierungen einschließlich der LTTE konnte mit der jetzt getroffenen Absprache noch kein Stück näher gekommen werden.

Trotzdem erhofft man sich zumindest, daß die Wahrscheinlichkeit für neue Gespräche zwischen Regierung und LTTE wieder steigt.

Flugzeugabstürze

In nur zweieinhalb Monaten hat die srilankische Luftwaffe insgesamt sechs Fluggeräte verloren. Der jüngste Absturz eines argentinischen Pucara-Bombers markierte das vorläufige Ende einer wahren Absturzserie. Die Pucara war am 15. März aus noch unbekannter Ursache in der Nähe der im Nordosten gelegenen Stadt Polonnaruwa in der Luft explodiert. Der Pilot konnte sich bei diesem Absturz aus einer Höhe von 3.000 Metern mit dem Schleudersitz retten und wurde mit nur leichten Verletzungen später von einem Militärhubschrauber geborgen.

Vermutlich durch Angehörige der LTTE wurde Anfang März in Trincomalee ein Y-12 Transportflugzeug zerstört, während im Februar ein Antonov-32 Transporter während des Starts in Ratmalana (südlich von Colombo) über die

Startbahn hinauschoß und in der Mitte zerbrach. Dieses Unglück kostete drei Armeeangehörige das Leben, 36 wurden verletzt.

Im Januar verunglückte ein israelischer Kfir-Jet in der Nähe von Katunayake, ein weiteres Y-12 Flugzeug und ein unbemanntes Beobachtungsflugzeug verschwanden im gleichen Monat über den Gewässern nördlich des Landes.

Verstärkung für Marine

Die srilankische Marine plant, ihre Kampfstärke in naher Zukunft zu verdreifachen und deutlich aggressivere Taktiken bei den militärischen Auseinandersetzungen mit den 'Tamil Tigers' einzusetzen.

Wenn es nach Vorschlägen der Marineführung geht, soll die Flotte von derzeit etwa 100 Schiffen auf 300 erweitert werden. Als Vorstufe sollen auf den bestehenden Marinebooten neue Waffen- und Ortungssysteme installiert werden. Einige der Schiffe sollen ersetzt werden. Auch der Aufbau einer Flotte von Luftkissenbooten zum Truppentransport sei geplant. In einer Pressekonferenz sagte Marinechef Admiral Cecil Tissera Anfang April über die neue Ausrüstung: "Wir werden größere Feuerkraft zur Bombardierung von Küsten

haben und der Bedrohung durch die LTTE aus der Luft und unter Wasser besser begegnen". Die neuen Schiffe sollen teilweise im Land selbst gebaut werden. Bisher wurde die Marine mit Schiffen aus Israel, Frankreich and China beliefert.

Im srilankischen Haushalt stehen dieses Jahr über 200 Millionen Mark für die Marine bereit.

Flüchtlinge weiter ohne Hilfe

Nachdem erst die jüngsten Militäroperationen zur Sicherung eines Landweges zwischen dem nördlichen Vavuniya und dem nordwestlichen Mannar erneut große Flüchtlingsströme ausgelöst hatten, bleiben mehrere zehntausend Menschen im Vanni-Gebiet weiter ohne Versorgung durch die Regierung.

Wie der "Government Agent" von Kilinochchi, Thillai Nadarajah, kürzlich der Presse mitteilte, hielten sich im Bereich um Kilinochchi bisher 66.000 Flüchtlinge auf, die seit Anfang 1996 auf der Flucht sind. Die jüngsten Armeekampftätigkeiten hätten jedoch weitere 77.000 Menschen zur Flucht in die Umgebung von Kilinochchi veranlaßt.

UTHR-Bericht zu Trincomalee

Die Menschenrechtsorganisation 'University Teachers for Human Rights (Jaffna)' (UTHR(J)) hat Anfang März einen neuen Bericht (Special Report No. 8) veröffentlicht, der sich unter dem Titel "Staatsideologie und Politik des Schreckens" mit der Situation im Trincomalee-Distrikt beschäftigt.

UTHR beschäftigt sich in dem knapp vierzigseitigen Dokument vor allen Dingen mit der diskriminierenden Rolle des Staates und der Armee in diesem Distrikt im Nordosten des Landes. Trincomalee ist für sie ein Schlüsselbeispiel für die Unfähigkeit der Regierung, das Vertrauen der dort lebenden Menschen zu gewinnen. Nach wie vor können Tausende von Flüchtlingen nicht in ihre ursprüngliche Heimat im Trincomalee-Distrikt zurückkehren, da Unsicherheit und Armut als unüberwindbare Barrieren weiterhin bestehen. Gleichzeitig jedoch werden die Ansiedlungsprogramme vor allen Dingen für Sinhalesen weiter durch die Regierung forciert.

Der Report gesteht der derzeitigen Regierung zwar zu, daß sie gegenüber der UNP gewisse Handlungsspielräume zulasse, warnt jedoch, daß ein grundsätzlicher Wechsel der Ideologie und eine Beendigung der Diskriminierung nach wie vor ausstehen, um das Ziel einer dauerhaften Friedenslösung zu erreichen. Anstatt zu vermitteln, schürten staatliche Stellen und Einrichtungen nur zusätzlich die Spannungen zwischen

den Bevölkerungsgruppen.

Anhand zahlreicher Beispiele, wie eines Gefängnisausbruchs, bei dem bekannt wurde, daß viele Gefangene massiven Folterungen ausgesetzt waren, und der Schicksale tamilischer Betroffener der Diskriminierungspolitik versucht der Bericht die schwierigen Zusammenhänge der gegenwärtigen Lage in diesem Distrikt zu verdeutlichen. Auch die Geschichte der Massaker von Angehörigen der LTTE an Sinhalesen und Muslimen sowie die Rolle dieser Organisation im Rahmen einer weiteren Destabilisierung der Situation kommt ausführlich zu Wort.

Der Bericht kann gegen Einsendung eines Scheck oder Briefmarken (DM 12,-) übersandt werden.

Bericht von "ARTICLE XIX"

An das Reformprogramm der srilankischen Regierung wurden nach deren Regierungsantritt 1994 große Hoffnungen geknüpft. Bislang sind jedoch nur wenige Ergebnisse vorzuweisen und das gesamte Reformprogramm ist aufgrund der sich zuspitzenden innenpolitischen Probleme gefährdet. Das Internationale Zentrum gegen Zensur in London, "ARTICLE XIX", hat hierzu im März 1997 einen neuen Bericht - "Reform at Risk? Continuing Censorship in Sri Lanka" - vorgelegt, der in Kopie über das 'Südasiabüro' bezogen werden kann (bitte Scheck oder Briefmarken in Höhe von DM 15,- übersenden). Das Zentrum verbindet mit diesem Bericht den Appell an Präsidentin Kumaratunga, die Presse- und Meinungsfreiheit in Sri Lanka zu garantieren. Ihre Regierung wird zur entschlossenen und unverzüglichen Umsetzung des Reformprogrammes sowie zur Aufgabe der Zugangsverbote für Journalisten in den Norden aufgefordert.

Waffen zurückgegeben

Seit Bekanntgabe neuer Gesetzesvorschläge gegen den Besitz illegaler Waffen, in deren Zusammenhang Haftstrafen von mindestens sieben bis zu zwanzig Jahren vorgesehen sind, türmen sich zunehmend Schußwaffen aller Art bei den Behörden. Bereits bis zum Ablauf einer Art Amnestie am 15. März wurden ca. 1.500 illegale Waffen abgegeben, in den nachfolgenden zwei bis drei Wochen noch einmal über 200.

Ein großer Teil der zur Zeit im illegalen Besitz befindlichen Waffen wurde bereits Ende der achtziger Jahre durch die UNP-Regierung an politisch Aktive abgegeben, vor allem vor dem Hintergrund des Kampfes gegen die JVP. Obwohl die Regierung nach eigenen Angaben von nur etwa 3.000 illegalen Waffen spricht, gehen Schätzungen von bis zu

10.000 aus.

Verteidigungshaushalt nicht erhöht?

Nach Aussagen eines Sprechers des Finanzministeriums sollen die Verteidigungsausgaben des Landes nicht über den bisher für dieses Jahr geplanten Betrag von mehr als umgerechnet 1,3 Milliarden DM angehoben werden. Beobachter prophezeiten bisher eine deutliche Erhöhung dieses Betrages, da allein die Luftwaffe in diesem Jahr bereits sechs Flugzeuge verloren hat.

Der Haushalt für das Militär, der im Jahr 1995 noch bei ca. 1 Milliarde DM lag, stieg im letzten Jahr auf 1,3 Milliarden an, was in etwa sechs Prozent des Brutto-Inlandsprodukts entspricht.

Die Regierung rechtfertigt die hohen Militärausgaben mit einer unerwarteten Intensivierung des Bürgerkriegs im Norden und Osten des Landes

Verfassungsreform präsentiert

Der Minister für Justiz und Verfassungsangelegenheiten, G.L. Peiris, hat am 26. März Teile einer neuen Verfassung der Öffentlichkeit vorgestellt, die unter anderem den Minderheiten im Lande weitgehende Autonomie zugestehen soll und zum Ziel hat, den seit Jahrzehnten andauernden Bürgerkrieg im Lande zu beenden. Insgesamt wurden 18 Kapitel der neuen Verfassung präsentiert, das Schlüsselkapitel über eine Machtteilung ('devolution of power') fehlte jedoch, da die Beratungen hierüber im 'Parliamentary Select Committee' nach wie vor nicht abgeschlossen sind.

In einer Pressekonferenz sicherte Peiris jedoch zu, daß "auch die Vorschläge zur Machtteilung in wenigen Wochen vorliegen werden und somit der Vorschlag für eine Verfassungsreform dem Parlament zugehen kann". Der gesamte Entwurf soll noch vor der Verabschiedung des neuen Haushalts im November im Parlament debattiert werden.

Die nach nunmehr fünfzehnmonatiger Beratung veröffentlichten Abschnitte zeigten "eine Stärkung der Grundrechte der Bürger, des Parlaments und Modifizierungen beim Gesetzgebungsprozeß".

Von Seiten der oppositionellen UNP wurde die Veröffentlichung der ersten 18 Kapitel der neuen Verfassung heftig kritisiert. Es sei falsch, jetzt schon Teile des Dokuments zu präsentieren, obwohl der Diskussionsprozeß im 'Select Committee' noch nicht abgeschlossen sei. UNP-Führer Wickremasinghe widersprach auch der Darstellung von Peiris, wonach alle veröffentlichten Abschnitte die volle Zustimmung der UNP gefunden hätten.

Auch beim 'Sri Lanka Muslim Con-

Sri Lanka - Ein Land in permanentem Ausnahmezustand

Unter diesem Titel haben die Antirassistische Initiative e.V. und BIEP e.V./Pathhai eine 47-seitige Broschüre über Sri Lanka herausgegeben. Sie beschäftigt sich mit der Geschichte und dem aktuellen Konfliktstand, dem Alltag von TamilInnen in Sri Lanka, den Menschenrechten, Flüchtlingen und Wiederansiedlungsprojekten. Die Broschüre ist zu bestellen über die Antirassistische Initiative, Yorkstr. 59, HH, 10961 Berlin, Tel. 030-7857281, Fax: 030-7869984.

gress', der Teil der Koalition der regierenden 'Peoples Alliance' ist, gibt man sich angesichts der Veröffentlichung überrascht - dies sei ohne vorherige Absprache geschehen.

Zwangssterilisierungen in Sri Lanka

Eine Frauenorganisation in Sri Lanka hat bei Untersuchungen auf Teeplantagen festgestellt, daß junge Frauen in Regierungskliniken zur Sterilisation genötigt oder gezwungen werden. Das gemeinhin als erfolgreich geltende Bevölkerungskontrollprogramm der Regierung ist damit massiv kritisiert worden.

Den staatlichen Familienplanern komme es nur darauf an, die vorgeschriebene "Quote" zu erreichen, ermittelte Padma Kodituwakku von der Organisation 'Women and Media Collective'. Den zumeist ungebildeten Frauen wurde auch verschwiegen, daß ihre Eileiter durchtrennt wurden und eine Umkehrung des Vorgangs nicht mehr möglich ist. Bei den Untersuchungen in den Bergregionen, in denen sich die Teeplantagen befinden, entdeckte Kodituwakku einen fast noch schlimmeren Mißstand. Während im Rest des Landes Sterilisationen wenigstens von ausgebildeten Chirurgen vorgenommen werden, operieren auf den Teeplantagen Arzthelfer. Die in Sri Lanka propagierte Sterilisationsmethode sieht eigentlich nur das Abbinden der Eileiter vor. Da es jedoch immer wieder zu Komplikationen und Fehlschlägen kommt, durchtrennen die meisten Ärzte die Eileiter kurzerhand - nicht selten ohne Wissen oder Einverständnis der Patientinnen.

Kodituwakku entdeckte, daß von 50 Frauen, die sie auf einer Plantage befragte, fast alle dauerhaft sterilisiert waren, ohne daß sie dies wußten. Die meisten klagten über Komplikationen nach dem Eingriff, die sich in Blutungen, Schmerzen und Schwindelanfällen äußerten. Hinter der Praxis vermutet Kodi-

tuwakku zudem eine besonders subtile Form der Diskriminierung. Ärzte und Arzthelfer gehörten zumeist der sinhalesischen Bevölkerungsmehrheit Sri Lankas an, die Teearbeiterinnen demgegenüber zur tamilischen Minderheit. Nach der Geburt ihres dritten Kindes würden die Frauen mit einer Mischung aus Druck und Überredung dazu gebracht, sich sterilisieren zu lassen. Rund 500 Rupien (etwa 15 DM) erhalten die Frauen als Prämie für die Sterilisation. Die meisten sind so arm, daß diese Summe ein Anreiz für sie bietet.

Japanische Müllwagen eingetroffen

Mit dem Ziel, endlich das immer größer werdende Problem der Müllbeseitigung in Colombo in den Griff zu bekommen, hat jetzt das 'Colombo Municipal Council' (CMC) 94 Müllfahrzeuge, ein Geschenk der japanischen Regierung im Wert von mehr als 15 Millionen DM, entgegengenommen. Damit verdoppelt sich quasi die Flotte der Fahrzeuge zum Einsammeln der ständig wachsenden Abfallmenge. Kurz nach den Kommunalwahlen vom 21. März sah man in Colombo auch die ersten der neuen Fahrzeuge im Einsatz. Für die Wartung der Wagen wurde eine neue Werkstatt eingerichtet.

Die zusätzlichen Fahrzeuge lösen jedoch nicht das Problem der endgültigen Lagerung des Abfalls. Fast alle bisherigen "Müllkippen" sind inzwischen gefüllt. Die Bewohner der Orte Kotte, Dehiwala und Mount Lavinia, Vorstädten von Colombo, bekommen das Beseitigungsproblem seit Monaten zu spüren. Stinkender Abfall türmt sich fast überall auf den Bürgersteigen und an Straßenkreuzungen auf - eine Lösung nicht in Sicht.

Der neue Bürgermeister Colombos, Karu Jayasuriya, hat unterdessen bereits vollmundig angekündigt, die Stadt innerhalb von einhundert Tagen aufzuräumen. Beobachtern zufolge hat Jayasuriya damit seinen Kopf schon in eine gefährliche Schlinge gelegt - allein die notwendigen Änderungen der Strukturen im CMC seien viel zeitaufwendiger.

Privatzoo geschlossen

In Ahungalle, einem etwa 75 km von Colombo entfernt gelegenen kleinen Ort an der Westküste Sri Lankas, wurde jetzt ein privater Tierpark auf Anweisung der Regierung geschlossen.

Bereits seit längerer Zeit hatten Tierchutzverbände auch auf internationaler Ebene gegen den Betrieb dieses sowohl bei Einheimischen als auch Touristen beliebten Zoos protestiert. Nachweislich waren Tiere in großem Umfang mit Be-

Konferenzhinweis

In diesem Jahr findet die 6. Sri Lanka Studies Conference vom 9. bis 11. August in Kandy statt. Das Organisationskomitee hat für die drei Konferenztage ein vorläufiges Tagungsprogramm erarbeitet. Koordinator des lokalen Organisationskomitees ist Shantha K. Hennayake, Department of Geography, University of Peradeniya, Peradeniya, Sri Lanka, Tel.: 0094-078-71540 bzw. 0094-8-88301-5 ext. 212; Fax: 0094-8-32343; E-mail Shantha.ces.pdn.ac.lk.

Auszüge aus dem vorläufigen Programm:

Sitzung Ethnic Conflict: - Ethno Political Conflict, State and Society, - Escalation of Political Conflict and Welfare Society -National Integration: India and Sri Lanka, - South Asia and the Ethnic Conflict. Sitzung Ethnic Conflict in Sri Lanka: - Sri Lankan Ethnic Conflict, - The Muslims in Sri Lanka and their Role in the Ethnic Conflict, - Politico Geographic Myths of Tamil Ethnonationalism in Sri Lanka, Sitzung Political Violence: -Political Violence in Sri Lanka, - Pattern of Political Violence in Sri Lanka 1971 - 1996. Sitzung: Religion and Politics: - The State and religion in Contemporary Sri Lanka, - Buddhist Sangha and the State, - Religion and Politics: The Sudu Nelum Movement. Sitzung: Environment and Development: - Environment and Development, - Human Rights, Nature Conservation and Indegeneous People, - Social Security in Sri Lanka. Sitzung: Education: - Reorganizing the Secondary Curriculum, - Education Expansion in the Estates of Sri Lanka, - Education and Mental Health, - The State of Communication in Sri Lanka. Sitzung Women: - Women and Poverty, - Women in Management. (Heinz Gödde)

täubungsmitteln ruhiggestellt worden, damit Besucher sich den teilweise nur unzureichend gesicherten Gehegen nähern konnten und um die Tiere quasi "hautnah" zu erleben.

Die bisher erhobenen Proteste zeigten jedoch erst Wirkung, nachdem Ende Februar ein Schüler von einem Löwen angegriffen wurde und ums Leben kam. Die Schüler hatten sich offensichtlich gemeinsam mit dem Löwen fotografieren lassen. Nachdem das Tier zunächst ruhig blieb, wurde das Opfer plötzlich angefallen und starb noch auf dem Zoogelände.